

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., Redaktion: Am Sprenghaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 1,30 Mm. von auswärts 2,40 Mm. Arbeitsmarkt u. Wohnungsvermittlung nach bel. Tarif, die Spaltenbreite 1,30 Mm. — Mm. von auswärts 2,40 Mm. — Wiederverkauf Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Sprenghaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 301

Dienstag, den 27. Dezember 1921

12. Jahrgang

Die Rebellen in der KPD.

Endlich nach Misslingen ihrer Verjährungsaktion, sieht die Zentrale der KPD. sich genötigt, über die in den letzten Tagen in die Öffentlichkeit gedruckten Vorgänge innerhalb der kommunistischen Partei eine Erklärung abzugeben. In dieser Veröffentlichung erschließt auch die Erklärung der Opposition. Sie trägt 128 Unterschriften, wovon 66 auf Groß-Berlin, 23 auf den Bezirk Rheinland-Westfalen und 39 auf den Bezirk Sächsisch-Preußen entfallen. Fast alle Unterschriften — und das gibt der Adresse ihre Bedeutung — sind Funktionäre höheren Grades, Betriebsobere, Stadtverordnete, Bezirksleiter, Gewerkschaftsangehörige usw. In bekannteren Namen haben wir hervorgehoben: Otto Braß, M. d. R., Paul Branden, M. d. R., Mitglied des Zentralen Ausschusses, Richard Müller, Heinrich Malzahn, Hans Plekner, M. d. R., Fritz Meyer, M. d. R., Paul Tost usw. usw.

Der Inhalt der von den 128 unterzeichneten Erklärung ist für die kommunistische Zentrale im höchsten Grade blamabel. Dieser wird vorgeworfen, daß sie nach der Veröffentlichung der Zetkin-Dokumente im „Vorwärts“, auch die unbestreitbaren Tatsachen, die in den Veröffentlichungen enthalten sind, abzuleugnen versucht hat. Zu diesem Zweck seien Schmidt und Nowicki als Lügner, ja sogar als Spione verdächtigt worden, Oberlein habe die falsche Meldung von der Entlassung Ferrus aus dem Zuchthaus angebracht, die sofort widerlegt werden konnte. Die Erklärung folgert daraus:

„Es liegt im Charakter dieser Taktik, daß die Zentrale durch ihre Beschlüsse und Erklärungen veranlaßt und infolgedessen auch von der Parteipresse befolgt worden ist, daß eine Lüge die nächste, eine Verleumdung die nächste zur Folge hat und daß die Zentrale und die von ihr inspirierte Parteipresse die Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Behauptungen immer mehr erschüttert.“

Wöllig unhaltbar, so führt die Erklärung weiter aus, werde die Lage der Zentrale im Prozeß Oberlein sein:

„Die von der Zentrale der Partei gegenüber eingeschlagene Verpöhnungstaktik muß zwangsläufig dazu führen, daß die Verantwortlichen sich von der Auflage der Anklage reinzuwaschen versuchen und damit die in den Zuchthäusern sitzenden oder inzwischen schon befreiten Arbeiter belasten. Unsere Gegner werden dann die Situation ausnützen und sagen: Die kommunistischen Führer haben nicht nur (wie Brandler im Sommer) ihre Grundsätze verleugnet, sondern sie scheuen nicht einmal davor zurück, die in Kämpfe hineingetriebenen Arbeiter zu belasten, um sich selber zu entlasten.“

Allerdings! Aber das ist nicht erst die künftige, sondern schon die jetzige und vergangene Taktik der Oberlein und Genossen.

Nach dieser vernichtenden Feststellung gehört eine ungläubige Portion Dreistigkeit dazu, wenn die „Danziger Arbeiter Zeitung“ noch immer die Enthüllungen der Zetkin-Dokumente als Schwindel hinstellen will. Aber die Situation der Oberlein und Genossen ist eben die von unten, denen der Boden unter den Füßen wankt. Sie haben nur die Wahl, in der Verleumdung zu verschwinden oder das letzte Rettungsschiff des überführten Angeklagten zu ergreifen, hartnäckiges kümmerliches Feigen.

Die Erklärung der 128 gliedert in zwei Forderungen: Rücktritt aller Verantwortlichen für die Märzaktion und Einsetzung eines aus den Reihen der Unterschriften zusammengesetzten Untersuchungsausschusses. Beides lehnt die Zentrale ab. Den Rücktritt der Verantwortlichen, weil es sich nicht um „Verbrechen“, sondern um „politische Fehler“ handelte, die der „revolutionären Unreife“ entsprangen. Politische Fehler gelten bei einem Führer der KPD. offenbar als Verbrechen und es nach wie vor, je mehr er begeht, desto notwendiger ist sein Verbleiben an leitender Stelle. Der Untersuchungsausschuss aber wird abgelehnt, weil man den Unterschriftenern der Protesterklärung „nicht mehr Glaubwürdigkeit zubilligen könne als der Zentrale“. Auf Deutsch: Die Anreden der angeklagten Zentrale dürfen auf ihre Glaubwürdigkeit nicht untersucht werden.

Statt der Unternehmung veripricht die Zentrale Herausgabe des Materials zu Rentjahr. Wie dieses von der Zentrale angelegte Material aussehen wird, kann sich jeder denken. Den Schluß der Erklärung der Zentrale bilden weinerliche Beschuldigungen an die Opposi-

tion, „von dem verhängnisvollen Treiben abzulaufen“, unterrichtet mit sehr massiven Hinweisen, drohen zu. Die dieser Monist in der KPD, den das hiesige Kommunistenorgan bezeichnenderweise bis heute vollkommen folgeschweigen hat, auslaufen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Eins aber ist gewiss: Die Auflage der 128 und das Verlegenheitsnahmeln der Zentrale besiegeln das Urteil über die Märzaktion. Die Erkenntnis, daß die Arbeiter Mitteleuropas von den kommunistischen Führern fristol und hinterlistig ins Verderben gekehrt worden sind, läßt sich auch in den Reihen der kommunistischen Partei nicht mehr aufhalten.

Weitere Beratungen mit der Reparationskommission.

Eine Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 27. Dez. Gestern vormittag fand in der Reichskanzlei eine Besprechung der an der Reparationsfrage beteiligten Ressorts über die Beantwortung der drei Rückfragen der Reparationskommission wegen des von Deutschland erforderten Aufbaus der Januar- und Februarzahlen statt. In der Sitzung, an der auch der Reichsbankpräsident Havenstein teilnahm, erläuterte Dr. Mathenau Bericht über seine Londoner Reise. Am Nachmittag besprach das gesamte Reichskabinet in einer Sitzung denselben Gegenstand, in der gleichfalls Mathenau über seinen Londoner Aufenthalt berichtete. Wie die Blätter mitteilen, soll eine schriftliche Beantwortung der Fragen der Reparationskommission vorläufig noch nicht erfolgen, sondern die Beratungen über die Antwort sollen in Verbindung mit der Reparationskommission fortgesetzt werden.

Französische Mahnung an Polen.

Nach dem Warschauer sozialistischen „Robotnik“ soll der unmittelbare Anlaß eines der Wilna-Frage gewidmeten Kabinettrates unter Billinski ein Brief Polens an den französischen Gesandten in Polen gewesen sein. In diesem Schreiben warnt Briand vor einer einseitigen Entscheidung des Wilnaer Zeins angeichts der internationalen Bedeutung der Wilna-Frage und schließt mit der ersten Mahnung an die polnische Regierung, den freundschaftlichen Rat Frankreichs nicht zu mißachten. Zernerseits greift der „Robotnik“ den Außenminister Skirmunt an. Dieser habe zwar die drastischen Stellen des Briand-Briefes auf dem Ministerrat referiert, ziehe jedoch nicht die nötigen Konsequenzen daraus, ergreife keine Maßnahmen, um den Wählern des Wilna-Gebiets auch nur die Wahlfreiheit im Sinne der polnischen Föderalisten zu sichern und gegen die terroristische Taktik des nationalen demokratischen zentralen Wahlkomitees einzuschreiten, welches auf die unmittelbare Annexion hinarbeite.

Eugen Debs bequadt.

London, 23. Dez. (WPA.) Aus Washington wird berichtet, Präsident Harding habe den Sozialisten Eugen Debs, der im Januar 1918 wegen Kriegsgewerkschaft zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, begnadigt. Harding habe auch die Freilassung von 23 weiteren politischen Gefangenen angeordnet.

Eugen Debs ist im Jahre 1858 geboren, steht also jetzt, wo er nach jahrelanger Haft das Gefängnis verläßt, im 67. Lebensjahre. Er war der Organisator der amerikanischen Eisenbahner, deren großen Streik vom Jahre 1894 er führte. Ungefähr zur gleichen Zeit wandte er sich der sozialistischen Bewegung zu, die ihn bald zu ihren anerkannten Führern zählte. Seit 1900 war er bei allen Präsidentenwahlen sozialistischer Kandidat. Das „Verbrechen“, das er mit jahrelangem Gefängnis büßte, bestand darin, daß er ein Gegner des Krieges war und während des Weltkrieges seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen suchte. Durch seine wiederholt angelegte, jetzt endlich erfolgte Freilassung wird ein schweres Unrecht und eine große Schande für Amerika spät atgelegt.

Die Ausnahmestimmungen, die nach dem Worte an Erzberger zur Eindämmung der Werdhege in Deutschland eingeführt wurden, sind auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung vom Reichspräsidenten wieder aufgehoben worden.

Unruhen in Ägypten.

Paris, 26. Dez. Wie der „New York Herald“ aus Kairo erfährt, kam es gestern dort zu Unruhen. Dabei wurden fünf ägyptische Studenten getötet und 19 verwundet. Auch die gesamte ägyptische Jugend ist in den Streit getrieben. Wie Havas aus Kairo meldet, haben zwei englische Regimenter Befehl erhalten, sich zur Einschiffung nach Ägypten bereitzustellen. Zwei englische Kreuzer der Mittelmeerflotte sind bereits nach Kairo unterwegs.

Kairo, 26. Dez. Bei einem ersten Tumult im Eingeborenenviertel feuerte das Militär, wobei viele Personen getroffen wurden. Bei Beginn der Unruhen sind in Alexandria 10 Personen verhaftet worden.

Einschränkung des Personenverkehrs.

Der Zustand, in den die deutsche Regierung mit den aufgeschwungenen Kohlenlieferungen an die Entente gekommen ist, beeinträchtigt naturgemäß die für den Inlandsverbrauch übrig bleibenden Kohlenmengen. Darunter wird auch die Reichsbahn zu leiden haben, da ihre Dampfkohlenversorgung unter den Bedarfszielen bleibt. Wenn auch für den eigentlichen Weihnachtsverkehr eine Einschränkung des Personenverkehrs vermieden werden konnte, so soll doch sobald nach Weihnachten eine Verminderung der dem Personenverkehr dienenden Züge eintreten, um möglichst viel Kohlen für den Güterverkehr übrig zu behalten. Es werden deshalb zunächst die sogenannten „Punktzüge“, das sind die in den Fahrplänen mit einem runden Zeichen versehenen Züge, nach näherer Bestimmung der einzelnen Eisenbahngeneraldirektionen ausfallen. Die Bewältigung des Verkehrs, der übrigens erfahrungsgemäß nach den Festtagen zunächst abnimmt, soll dadurch nicht in Frage gestellt werden. Die Reisenden werden aber eine engere Belegung der Züge zeitweilig in Kauf nehmen müssen.

Auch Polen soll, wie gemeldet wird, eine Einschränkung des Eisenbahnverkehrs, die ebenfalls in diesen Tagen in Kraft treten soll, planen.

Erfolge sozialdemokratischer Arbeit.

Wien, 23. Dez. Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte veröffentlicht anlässlich des Schlußes der diesjährigen Parlamentssession einen Aufruf, in dem erklärt wird, der Sozialdemokratischen Partei sei es gelungen, das Bürgerturn nach einem Jahre der Untätigkeit vorwärts zu treiben. Die Vorstände gegen die Politik der Untätigkeit hätten dazu geführt, daß der sozialdemokratische Finanzplan immer mehr verwirklicht werde. Eine Reihe neuer Bestrebungen sei eingeführt, während die Einkommenssteuer für Arbeiter und Angestellte ermäßigt wurde. Trotz des Abbaues der staatlichen Lebensmittelzuschüsse sei der Reallohn der Arbeiter, Beamten und Angestellten ausreichend geblieben, die Sinderversicherung durchgesetzt, die Freiheit des Reiseverkehrs aufgehoben. Die Arbeiterversicherung vervollkommene sich immer mehr. Nicht nur die innere Situation, auch die äußere Lage Österreichs sei gebessert. Dies drücke sich dadurch aus, daß der Sabotage-Putsch gänzlich gescheitert, das Ausland verlegt sei und in den Siegerländern der Widerstand gegen die imperialistische Weltpolitik sich häute. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung zur Geschlossenheit des Proletariats gegenüber dem Bürgerturn.

Die Tagung des Obersten Rates. Briand wird am 3. Januar abends Paris verlassen, um sich nach Cannes zu begeben, wo am 6. der Oberste Rat tagen soll. Der französische und der britische Premierminister werden am Tage vorher eine Besprechung haben. Man nimmt an, daß die Tagung des Obersten Rates nicht länger als vier Tage dauern wird. Lloyd George ist bereits nach Cannes abgereist.

Die Verhandlungen mit Sowjetrußland. Times zufolge sollen Lloyd George und Briand grundsätzlich beschlossen haben, Besprechungen mit der Sowjetregierung aufzunehmen. Der 3. Februar wurde als wahrscheinliches Datum für den Beginn der Besprechungen zwischen Tschitscherin und Litwinoff angenommen.

